

Das Studium darf teurer sein

Wer höhere Studiengebühren fordert, kann sich bei seiner Argumentation darauf berufen, dass die von Akademikern später gezahlten Steuern nicht ausreichen, um ihren Studienplatz zu finanzieren. In dieser Rechnung wird den staatlichen Kosten eines Studiums inklusive aller empfangenen Leistungen wie Bafög und Kindergeld der Betrag gegenübergestellt, den ein Akademiker im Laufe seines Berufslebens durch Steuern anteilig an die Hochschulen zurückzahlt. Uni-Absolventen machen so durch ihr Studium im Schnitt 48.000 Euro Gewinn, Fachhochschulab-

solventen immerhin 17.000 Euro. Am stärksten profitieren demnach Mediziner von ihrer universitären Ausbildung. Sie kostet etwa 308.000 Euro, ein Arzt gibt anschließend aber nur 44.000 Euro über Steueranteile direkt an die Hochschulen zurück. Doch obwohl Studiengebühren durchaus sinnvoll sind, sollte mit ihnen keinesfalls versucht werden, den gesamten Nettovorteil des Studiums abzugreifen. Schließlich zahlen Akademiker mit ihren Abgaben auch für andere öffentliche Angebote wie beispielsweise Schulen und Verkehrswege.

In dieser Woche

Erneuerbare Energien: Immer wieder ist von einem Beschäftigungswunder die Rede, wenn es um die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien geht. Zwar sind in diesem Wirtschaftszweig in den vergangenen Jahren viele Arbeitsplätze entstanden, allerdings haben die wenigsten mit dem laufenden Betrieb der Anlagen zu tun. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: In der Diskussion um den Rentenbeginn mit 67 Jahren wird immer wieder darauf verwiesen, dass ältere Menschen angeblich große Schwierigkeiten hätten, ihren Job zu behalten oder gar eine neue Stelle zu finden. Die Statistik zeigt jedoch, dass der Arbeitsmarkt für die reifen Semester seit Jahren immer besser wird. Seite 3

Unternehmensgründungen: Im vergangenen Jahr gab es erstmals seit 2004 wieder mehr Unternehmensgründungen. Insgesamt wurden 413.000 Firmen aus der Taufe gehoben, rund 3 Prozent mehr als im Jahr 2008. Doch die meisten neuen Betriebe dürften aus der Not heraus entstanden sein. Seite 4-5

Globalisierung: Die Globalisierung wurde durch die Finanzkrise ausgebremst. Die weltweiten Exporte sind im vergangenen Jahr real um über 10 Prozent eingebrochen. Das Vertrauen in ausländische Finanzmarktprodukte ist ebenfalls beschädigt. Seite 6-7

Unterhaltungselektronik: Auf der Internationalen Funkausstellung (IFA) präsentieren die Firmen in diesem Jahr so viele Produktneuheiten wie nie zuvor. Die Entwicklung der IFA zur weltweiten Leitmesse für Unterhaltungselektronik ist umso beachtlicher, da die deutschen Hersteller auf dem Markt nur noch eine Nebenrolle spielen. Seite 8

Studiengebühren: So wären die Kosten gedeckt

So hoch wären die Studiengebühren pro Semester, wenn Studenten für die Kosten ihres Studiums inklusive aller Förderleistungen tatsächlich vollständig selbst aufkommen müssten. Üblich sind momentan Studiengebühren von 500 Euro pro Semester – aber auch nicht an allen deutschen Hochschulen.

	Undiskontierter Nettovorteil eines Absolventen am Ende des Berufslebens in Euro	Zugrunde gelegte Regelstudienzeit in Semestern	Theoretische Höhe der Gebühren pro Semester zum Ausgleich des Nettovorteils in Euro
Fachhochschulen	16.809	8	2.101
Universitäten	47.985	9	5.332
davon:			
Medizin	264.225	9	29.358
Sprach- und Kulturwissenschaften	44.995	9	5.000
Ingenieurwissenschaften	35.398	9	3.933
Mathematik, Naturwissenschaften	35.030	9	3.892
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	6.910	9	767

Nettovorteil: staatliche Kosten für ein Studium abzüglich der Steuern, die ein Absolvent später zahlt und die dann den Hochschulen zugutekommen; undiskontiert: der Wert von künftigen Zahlungen wurde nicht auf den gegenwärtigen Wert (Barwert) umgerechnet
 Ursprungsdaten: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Erneuerbare Energien

Nur scheinbar ein Beschäftigungswunder

Immer wieder ist von einem Beschäftigungswunder die Rede, wenn es um die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien geht. Tatsächlich sind in diesem Wirtschaftszweig in den vergangenen Jahren viele Arbeitsplätze entstanden – die wenigsten haben allerdings mit dem laufenden Betrieb der Anlagen zu tun.

Im Kinderbuch über Jim Knopf und Lukas, den Lokomotivführer, gibt es eine ganz ungewöhnliche Figur: Herrn Tur Tur. Er ist ein Scheinriese – von weitem wirkt er sehr groß, aber je näher man ihm kommt, desto stärker schrumpft er auf Normalmaß zusammen. Ähnlich verhält es sich mit den Beschäftigungswirkungen der erneuerbaren Energien.

In regelmäßigen Abständen überrascht die Branche mit Erfolgsmeldungen: Die Erzeugungskapazitäten erreichen neue Höchststände, der Anteil an der Energieversorgung steigt und die Beschäftigung nimmt zu. Über 300.000 Menschen arbeiten derzeit im Bereich der erneuerbaren Energien, heißt es. Das sind ungefähr so viele wie in der Metallherstellung und -bearbeitung und ein

Vielfaches mehr als in den deutschen Kernkraftwerken.

Entsprechende Vergleiche sind allerdings irreführend. Wenn man genauer hinschaut, bleibt vom Jobwunder durch erneuerbare Energien wenig übrig:

Betrieb und Wartung. Von den 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet nach einer aktuellen Studie, die das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat, weit mehr als die Hälfte nur dank laufender Investitionen in diesem Sektor (Grafik). Denn rund 184.000 Personen bauen Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen – während der überwiegende Teil der Kern- und Kohlekraftwerke schon vor Jahren errichtet wurde und es dort deshalb wenig entsprechende Beschäftigung gibt. Ohne diesen Aufbau-effekt sieht es auch bei Sonne, Wind, Wasser, Biogas und Biomasse längst nicht so positiv aus:

Etwa 53.000 Personen betreiben und warten die Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen.

Insgesamt kommt die Energieversorgung in Deutschland auf 239.000 Be-

schäftigte. Die regenerativen Energien bieten also trotz aller Erfolgs- und Wachstumsmeldungen der Befürworter nur etwas mehr als einem Fünftel aller Arbeitnehmer in diesem Bereich einen Job.

Nettoeffekte. Beim Blick auf die Beschäftigung darf außerdem nicht unterschlagen werden, dass dem Aufbau von Arbeitsplätzen bei den erneuerbaren Energien ein Abbau an anderer Stelle gegenübersteht. Denn die erhöhten Energiekosten machen Industrieunternehmen das Leben schwer.

Was unterm Strich an Arbeitsplätzen übrig bleibt, ist nicht leicht zu ermitteln. Einige Modellrechnungen gehen von negativen Beschäftigungsfolgen aus, andere kommen zu einem positiven Ergebnis:

Wenn man den optimistischen Studien folgt, gibt es einen positiven Gesamteffekt von rund 60.000 Arbeitsplätzen. Doch die neuen Jobs liegen vornehmlich im Bau und Export von Anlagen.

Betrachtet man hingegen nur den Beschäftigungsaufbau in der Erzeugung von erneuerbaren Energien auf der einen und die negativen Effekte in den übrigen Energiesparten auf der anderen Seite, sind keine positiven Wirkungen für den Arbeitsmarkt zu erkennen.

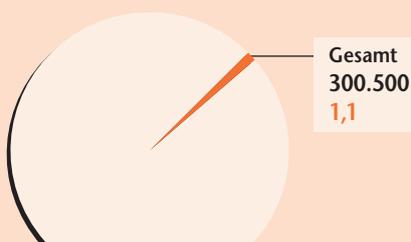
Gesamtbeschäftigung. Um als Beschäftigungswunder zu gelten, muss eine Größenordnung erreicht werden, die für die Gesamtwirtschaft von Interesse ist. Gemessen an allen 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist die Zahl der Arbeitsplätze, die auf das Konto von Windrädern, Solarkollektoren etc. gehen, aber alles andere als beeindruckend: Nur 0,2 Prozent aller Arbeitnehmer kümmern sich um den laufenden Betrieb von Anlagen, die grünen Strom produzieren.

Ein kleines Beschäftigungswunder könnten allerdings die Technikhersteller durch einen stärkeren Export von entsprechenden Anlagen erleben.

Grüne Energie: Der Arbeitsplatzeffekt

So viele Beschäftigte waren im Jahr 2009 im Bereich der erneuerbaren Energien tätig

		Anteil an der Gesamtbeschäftigung in Prozent
Bau von Anlagen wie Windkraftwerken und Sonnenkollektoren (einschließlich Export)	183.800	0,7
Brenn-/Kraftstoffbereitstellung	57.000	0,2
Wartung und Betrieb	53.200	0,2
Sonstige	6.500	0,0



Brenn-/Kraftstoffbereitstellung: Biomasseerzeugung durch Landwirtschaft und ihre Verarbeitung; Gesamtbeschäftigung: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturfor-

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Beschäftigung: Aktive Generation 50plus



Weil ältere Menschen angeblich große Schwierigkeiten haben, ihren Job zu behalten oder gar eine neue Stelle zu finden, lehnen Kritiker den ab 2012 vorgesehenen Einstieg in die Rente mit 67 Jahren ab. Die Statistik zeigt allerdings ein anderes Bild: Der Arbeitsmarkt für die reifen Semester wird seit Jahren immer besser.

Im Jahr 1999 war es noch durchaus üblich, sich lange vor dem regulären Rentenalter aus dem Berufsleben zurückzuziehen. Lediglich 56 Prozent der 50- bis 64-Jährigen waren damals überhaupt an einer Beschäftigung interessiert. Weil 8 Prozent erwerbslos waren, gingen tatsächlich nur 48 Prozent dieser Altersgruppe einer Tätigkeit als Selbstständige, Beamte oder abhängig Beschäftigte nach. Einen sozialversicherungspflichtigen Job hatten sogar nur knapp 32 Prozent.

Heute sieht die Arbeitswelt ganz anders aus. Bereits in den 1990er Jahren hat der Gesetzgeber den vorzeitigen Ruhestand durch erhöhte Abschläge und eine Anhebung des Rentenzugangsalters für bestimmte Personengruppen weniger attraktiv gemacht. Später wurden peu à peu weitere Frühverrentungspfade gesperrt. So erschweren die Hartz-Gesetze den Weg, über eine lange Phase der Arbeitslosigkeit in die Rente hinüberzugleiten: Die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist gekürzt worden und statt der Arbeitslosenhilfe gibt es nur noch das weniger attraktive Arbeitslosengeld II.

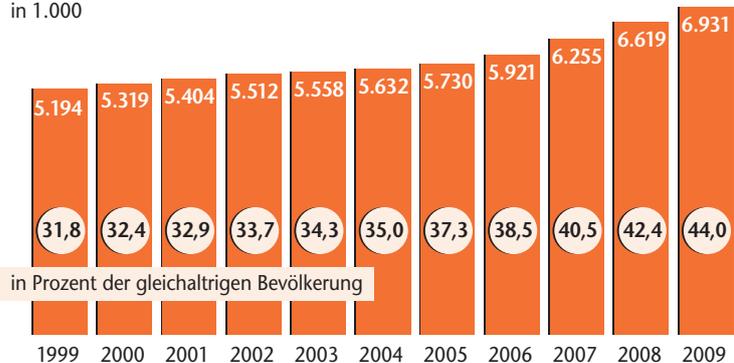
Die Reformen haben die Bereitschaft der Älteren erhöht, auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu bleiben. Im vergangenen Jahr wollten schon 70 Prozent der über 50-Jährigen noch arbeiten – und ihr Angebot traf durchaus auf eine entsprechende Nachfrage: Insgesamt gingen 10,2 Millionen 50- bis 64-Jährige einer Erwerbsarbeit nach – das waren rund 2,4 Millionen mehr als vor zehn Jahren. Damit ist auch die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Altersgruppe seit 1999 um 12 Punkte auf 44 Prozent gestiegen.

Der Arbeitsmarkt

Beschäftigung: Ältere zunehmend gefragt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 50 bis 64 Jahren

in 1.000



© 2010 IW Medien - iwd 35

Stand: jeweils zum 30. Juni

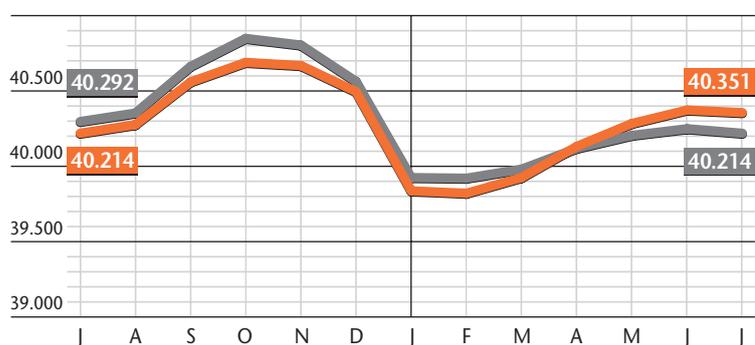
Urspungsdaten: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

— Juli 2008 – Juli 2009 — Juli 2009 – Juli 2010



© 2010 IW Medien - iwd 35

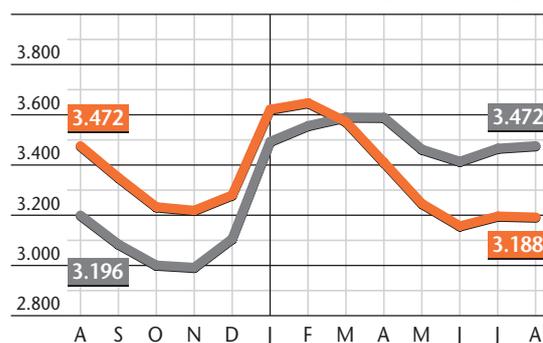
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000

— August 2008 – August 2009 — August 2009 – August 2010



Quote	West	Ost
2009	A	7,1
	S	6,9
	O	6,6
	N	6,6
	D	6,7
	J	7,4
2010	F	7,4
	M	7,2
	A	6,9
	M	6,6
	J	6,5
	J	6,6
	A	6,6
	A	11,5

© 2010 IW Medien - iwd 35

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Unternehmensgründungen

Die Krise macht selbstständig

Im vergangenen Jahr gab es erstmals seit fünf Jahren wieder mehr Unternehmensgründungen. Insgesamt wurden 413.000 Firmen aus der Taufe gehoben – rund 3 Prozent mehr als im Jahr 2008. Die Industrie- und Handelskammern verzeichneten auch bei ihren Gründungsberatungen einen Anstieg. Doch die meisten neuen Betriebe dürften aus der Not heraus entstanden sein.

Das leichte Plus bei den Gründungen im vergangenen Jahr hat nicht viel am mittelfristigen Trend geändert – seit 2004 wagen immer weniger Menschen den Sprung in die Selbstständigkeit bzw. die Gründung eines eigenen Unternehmens. Um satte 28 Prozent ist die Zahl der Firmengründungen in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen (Grafik). Künftig dürfte es aufgrund der Alterung der Bevölkerung eher noch weniger Unternehmensnachwuchs geben.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht nur negativ zu bewerten. Denn in Deutschland ist vor allem der Anteil jener Gründer hoch, die zuvor arbeitslos waren und aus Mangel an Alternativen eine eigene Firma ins Leben gerufen haben. Dies zeigen die jährlichen Befragungen des Global Entrepreneurship Monitor sowie die Gründungsberatungsgespräche des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Von daher heißen rückläufige Gründerzahlen oft auch: Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sieht es gut aus.

Ein Wermutstropfen ist allerdings die schrumpfende Zahl innovativer Grün-

dungen, schließlich haben diese oft ein großes Wachstumspotenzial und stärken somit die gesamte Volkswirtschaft:

Nur knapp 3.300 Teilnehmer der 59.500 IHK-Gründungsberatungen strebten 2009 eine Gründung in einer Hightech-Branche an – ein Fünftel weniger als 2006.

Vorbereitung zählt

Egal, welches Motiv hinter dem Schritt in die Selbstständigkeit steckt – eine gute Vorbereitung ist maßgeblich für den Erfolg. Eine ausführliche Beratung etwa kann helfen, den Weg zu ebnen. Auf diesem Gebiet waren die Industrie- und Handelskammern im vergangenen Jahr vielgefragte Ansprechpartner (Grafik Seite 5). Zum Kammer-Angebot zählen Einstiegsgespräche – mit gut 300.000 Teilnehmern die häufigste Beratungsvariante –, aber auch Seminare und umfangreichere Beratungen. Zudem begutachten die IHKS Förderanträge, z. B. für Gründerzuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.

Beratungs- und Serviceangebote aus einer Hand machen es für Gründungs-

Existenz- und Unternehmensgründungen

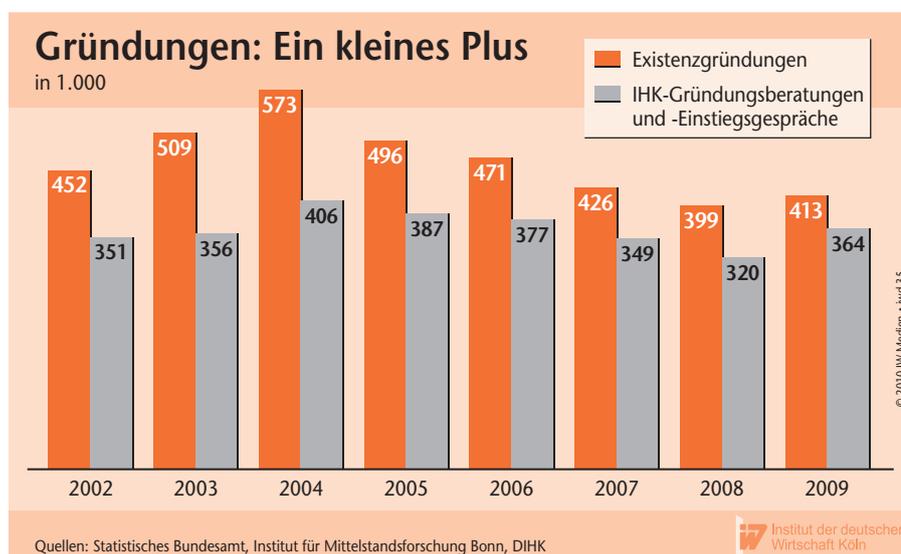
Was eine Gründung ist, lässt sich nicht so einfach klären, wie man zunächst vermutet. Die Statistik in Deutschland kennt nur die Zahl der Gewerbeanzeigen, die jedoch nicht unbedingt mit den tatsächlichen Geschäftsaufnahmen übereinstimmt. Einschließlich Nebenerwerb wurden in Deutschland im vergangenen Jahr 864.000 Gewerbe angemeldet.

Auch die Abgrenzung zwischen Haupt- und Nebenerwerb ist in der Realität fließend; möglicherweise wird ein als Nebenerwerb gegründeter Betrieb bei Erfolg schließlich doch zum Haupterwerb. Der Begriff „Unternehmen“ wird zudem teilweise nur für Betriebe mit Wachstums- und Beschäftigungspotenzial verwendet, nicht für alle Existenzgründungen. Als Kriterium hierfür gilt, dass eine Firma im Handelsregister eingetragen wurde oder maßgeblich durch Fremdkapital finanziert und dies durch die Wirtschaftsauskunftei Creditreform dokumentiert wurde. Dies trifft etwa auf die Hälfte aller Gründungen zu, also etwa 200.000. Daneben gibt es noch Hochrechnungen der Gründerzahl, die auf Befragungen basieren, z. B. auf dem Global Entrepreneurship Monitor.

teressierte oft leichter zu durchblicken, was auf sie zukommt und sich dann für den Gang in die Selbstständigkeit zu entscheiden. Noch besser ist es, wenn Berater auch direkt die Gewerbeanmeldung miterledigen – denn unnötige Bürokratie schreckt ab. In Rheinland-Pfalz und in Hamburg dürfen die IHKS in ihren Startcentern schon seit 2007 Gewerbeanmeldungen annehmen; seit diesem Frühjahr sind auch die bayerischen IHKS zu „One-Stop-Shops“ für Gründer ausgebaut worden.

Es hakt beim Geld

Doch eine noch so gute Beratung bringt nichts, wenn es am Geld fehlt. Eine von vornherein zu schwache Kapitaldecke ist der häufigste Grund, warum Gründungen die ersten fünf Jahre nicht überstehen, wie das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in



Mannheim jüngst in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium herausgefunden hat.

Dieses Manko lässt sich vorerst kaum beseitigen, da weder die Eigenkapitalausstattung der Unternehmer in spe, noch die Finanzierungsbereitschaft der Banken plötzlich zunehmen wird. Die Förderprogramme der bundeseigenen KfW Mittelstandsbank, der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesländer und der EU sind bereits umfassend ausgebaut, sodass auch von dieser Seite kaum mehr Geld zu erwarten ist. Eine Bündelung der vielen Förderangebote wäre der Übersichtlichkeit halber aber sinnvoll.

Aus Alt mach Neu

Nicht immer muss ein vollkommen neues Unternehmen aus der Taufe gehoben werden – der Begriff „Gründung“ hat viele Facetten (Kasten). So gehört zum Beispiel auch die Übernahme eines bestehenden Betriebs dazu. In diesem Fall ist die Aufbauarbeit schon erledigt. Hürden gibt es trotzdem noch. Diese beginnen wiederum beim Geld – schließlich ist der Kaufpreis für ein florierendes Geschäft oft beträchtlich –, gehen weiter bei der Zusammenarbeit mit bereits vorhandenen Mitarbeitern bis hin zur Frage, ob die Kunden den neuen Eigentümer akzeptieren.

Begünstigt wird der Weg in die Selbstständigkeit per Übernahme allerdings durch die zunehmende Zahl an Betrieben, für die sich in den Eigentümerfamilien kein Nachfolger findet. Viele Unternehmer sind bereits älter als 55 Jahre. Auch in Ostdeutschland haben die sogenannten Unternehmer der ersten Stunde, die nach 1990 aktiv geworden sind, inzwischen oft das Rentenalter erreicht. Die IHKs verzeichneten bei ihren Übernahme- bzw. Nachfolgeberatungen 2009 mit 8.800 Fällen denn auch einen überproportionalen Anstieg.

Zudem bietet die von der Bundesregierung geförderte Internetplattform „nexus-change“ gute Möglichkeiten für übergabewillige Unternehmer und potenzielle Gründer, zueinander zu finden.

Angebote für Gründer

Teilnehmer an Angeboten der Industrie- und Handelskammern im Jahr 2009

▲ Veränderung gegenüber 2008 in Prozent

Einstiegsgespräche	304.011	▲ 16
Gründungsberatung	59.490	▲ 2
Gründerseminare	34.257	▲ 8
Stellungnahme zu Förderanträgen der Existenzgründer	30.723	▲ 32
Sprechtage mit Partnern	16.394	▲ 15
IHK-Einträge in der Unternehmensnachfolgebörse next-change	3.950	▼ 12
Bundesweite IHK-Aktionen, z. B. 2009 zur Gründungsfinanzierung	2.400	▲ 20

Quelle: DIHK

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im vergangenen Jahr haben sich in diese Gründerbörse allerdings nur noch knapp 4.000 Interessenten eingetragen – 12 Prozent weniger als 2008.

Frauen gefragt

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat in einer durch das Bundesfamilienministerium geförderten Studie zur Unternehmensnachfolge durch Frauen herausgefunden, dass Unternehmerinnen die Übergabe ihres Betriebs meist akribisch vorbereiten, egal, ob die Firma an Familienangehörige oder an externe Nachfolger geht (vgl. iwd 23/2010).

Der Grund für diesen Eifer: Unternehmerinnen, die heutzutage ihr Geschäft weitergeben wollen, hatten zum Zeitpunkt ihres Einstiegs meist weniger gute Voraussetzungen. So wurde nur gut jede zweite spätere Chefin auf ihre Unternehmertätigkeit langfristig vorbereitet; fast die Hälfte musste den Sprung ins kalte Wasser wagen. Nun wollen es die heutigen Unternehmerinnen ihren Nachfolgern leichter machen.

Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland ist es ohnehin wichtig, dass mehr Frauen und Ältere den Schritt hin zur eigenen Firma wagen. Bisher sind es vor allem Männer im Alter

von 25 bis 40 Jahren, die ein Unternehmen gründen. Seit einigen Jahren besteht immerhin ein Trend zu einem höheren Anteil an Unternehmerinnen:

Während der Frauenanteil an den Selbstständigen und Unternehmern insgesamt nur bei etwa einem Drittel liegt, waren 2008 schon vier von zehn Entrepreneuren weiblich.

Im vergangenen Jahr waren die Männer etwas eifriger, wenn man von den Beratungen der IHKs auf die tatsächlichen Gründungen schließt: Mit einem Plus von 14 Prozent auf 222.000 stieg die Zahl der Beratungen und Gespräche 2009 für Männer noch schneller als die für Frauen, von denen sich 13 Prozent mehr als im Jahr davor über Gründungen informierten; insgesamt nutzten 143.000 Frauen die IHK-Angebote.

Letzter Ausweg Gründung

Eine der Ursachen dafür, dass im vergangenen Jahr deutlich mehr Männer unter die Gründer gehen wollten als Frauen, dürfte die Wirtschaftskrise gewesen sein. Schließlich arbeiten mehr Männer als Frauen in Branchen, die besonders von der Rezession betroffen waren – so sind rund 72 Prozent der Beschäftigten in der Industrie männlich. Frauen dagegen haben in der Mehrzahl Jobs in Dienstleistungsbranchen, die wiederum kaum unter der Krise zu leiden hatten. Folglich wurden 2009 mehr Männer als Frauen arbeitslos und wählten aus diesem Grund öfter die Selbstständigkeit als Ausweg.

Der „kleine Unterschied“ macht sich auch in den Vorlieben der Gründer bemerkbar: Frauen wählen bevorzugt Dienstleistungen, Gastgewerbe und Handel, um sich selbstständig zu machen. Bessere Wachstumsperspektiven besitzen aber oft neue Unternehmen in der Industrie, insbesondere, wenn sie innovative Produkte auf den Markt bringen. Hier geben bei den Gründern nach wie vor die Männer den Ton an.

Globalisierung

Finanzkrise bremst den Austausch

Die Globalisierung wurde durch die Finanzkrise erst einmal ausgebremst. Die weltweiten Exporte sind im vergangenen Jahr um real mehr als 10 Prozent eingebrochen. Das Vertrauen in ausländische Finanzmarktprodukte ist beschädigt. Im Jahr 2008 wurde die Internationalisierung der Finanzmärkte vorübergehend sogar zurückgedreht. Bis alles wieder im Lot ist, braucht es Zeit. Das ursprüngliche Tempo der Globalisierung dürfte jedoch kaum wieder erreicht werden – nicht zuletzt, weil viele Länder ihre Handelsbarrieren in der Krise erhöht haben.*)

Wenn in Deutschland über Globalisierung diskutiert wird, überkommt viele Menschen ein mulmiges Gefühl. So gilt z.B. die Verlagerung von Prozessen und Arbeitsplätzen ins Ausland als große Gefahr für den deutschen Arbeitsmarkt. Dabei ist das Ausmaß der Umstrukturierung viel kleiner, als es die öffentliche Debatte suggeriert:

Das Statistische Bundesamt etwa hat ermittelt, dass zwischen 2000 und 2006 per saldo lediglich rund 83.000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagert wurden.

Bei rund 40 Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland entspricht dies gerade einmal rund 0,2 Prozent aller Jobs.

Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden dagegen in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgeblendet. Dabei hat die Globalisierung vor allem auch den Entwicklungsländern den heiß ersehnten Wohlstand gebracht (Kasten). Die Zahl der Ärmsten hat sich

weltweit seit 1981 um eine halbe Milliarde Menschen verringert – obwohl die Bevölkerung in den Entwicklungsländern gleichzeitig um fast zwei Milliarden Menschen gewachsen ist.

Zuletzt wurde die Globalisierung für die Finanzkrise verantwortlich gemacht, obwohl deren eigentliche Ursachen woanders liegen. Denn die Akteure am Finanzmarkt handelten vor allem deshalb so risikoreich, weil sie – letztlich zu Recht – annahmen, dass sie die Folgen ihres Handelns auf die Steuerzahler abwälzen könnten.

Wenn der Staat oder andere Aufsichtseinrichtungen Banken, Hedgefonds, Spekulanten und Co. jedoch wirksam kontrollieren und die Gelder vernünftig angelegt sind, richten die Kapitalströme, die täglich um den Globus fließen, kein Unheil an. Dies war nach 1985 lange Zeit der Fall. Ökonomen sprechen hier von der kapitalgetriebenen Globalisierungsphase, weil Investitionen und Kapitalan-

lagen im Ausland schneller gewachsen sind als die Weltwirtschaft oder die Exporte. So legten die nominalen Weltexporte zwischen 1985 und 2008 jahresdurchschnittlich um fast 10 Prozent zu.

Die Auslandsinvestitionen indes sind seit 1985 jährlich um rund 16 Prozent gewachsen – und damit mehr als doppelt so schnell wie die nominale Weltwirtschaftsleistung.

Noch dynamischer entwickelte sich der grenzüberschreitende Handel mit Aktien, Krediten, Wertpapieren etc. Diese Kapitalströme schwollen Jahr für Jahr um fast ein Fünftel an.

Die Finanzkrise hat aber gerade bei den Kapitaltransaktionen zu einem massiven Einbruch – also zu einer De-Globalisierung – geführt. Denn viele Anleger und Banken haben, als es ihnen an die Existenz ging, ihre Gelder verzweifelt aus dem Ausland abgezogen. Das betraf vor allem Aktien sowie Bank- und Handelskredite. Verstärkt wurde der Trend dadurch, dass nach der Lehman-Pleite kaum jemand mehr ausländischen Geschäftspartnern vertraute und sein Geld zurückholte.

Etwas anders lief es bei den Direktinvestitionen. Sie sanken infolge der Krise bis 2009 zwar um fast 50 Prozent gegenüber ihrem Höchststand von 2007 – damit aber prozentual weniger als während der New-Economy-Krise zur Jahrtausendwende. Und es wurde auch 2009 noch im Ausland kräftig investiert (Grafik).

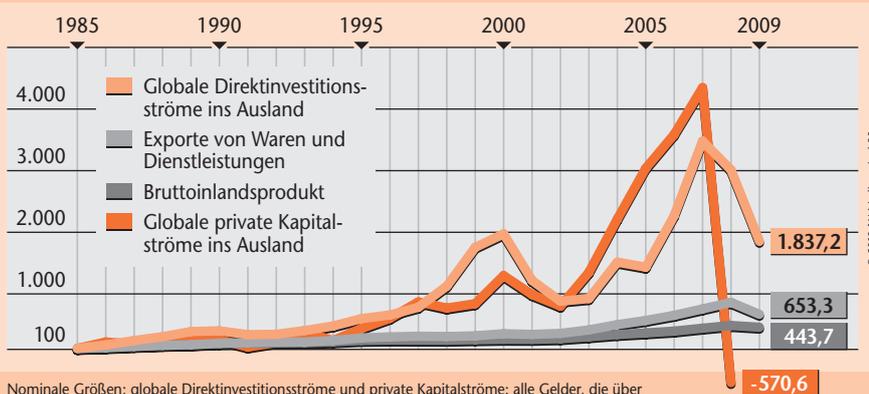
Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten haben ihre Spuren auch auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen hinterlassen. Hier kann man ebenfalls von De-Globalisierung sprechen:

Die Weltexporte gingen nominal um fast ein Viertel zurück – das war der tiefste Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.

Selbst wenn man aus diesen Zahlen die teils stark gefallen Preise vor allem bei Rohstoffen und Energie herausrechnet, kam es inflationsbereinigt zu einem

Finanzkrise: Kapitalströme reißen ab

weltweit, 1985 = 100



Nominale Größen; globale Direktinvestitionsströme und private Kapitalströme: alle Gelder, die über heimische Grenzen in dem betreffenden Jahr nach draußen flossen; ein Minus bedeutet, dass Gelder zurückgeholt wurden; private Kapitalströme: Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Bankgeschäfte, Handelskredite, k. A. für 2009; Direktinvestitionen: 2009 Schätzung; Ursprungsdaten: IWF

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) Vgl. Dossier Globalisierung. www.iwkoeln.de/Publikationen/TWDossiers

realen Exportrückgang von mehr als 10 Prozent.

Der Mechanismus hinter dieser Entwicklung ist folgender: Viele für die Weltwirtschaft bedeutende Länder – etwa die USA und Großbritannien – haben ihre Importe auf Pump finanziert. Als die Auslandskredite abrissen, kam der Handelsmotor ins Stottern. Zudem brachen zeitweilig die für viele Handelsströme nötigen Bankfinanzierungen weg.

Im Moment sieht es so aus, als ob sich die Lage allmählich bessert. Trotzdem ist vieles zu Bruch gegangen, was erst einmal

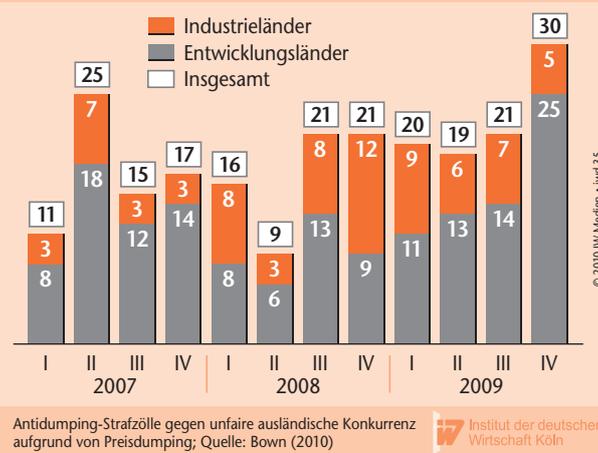
wieder gekittet werden muss. So haben die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise den Protektionismus weltweit aufflackern lassen, wengleich es erfreulicherweise nicht zu einem Flächenbrand gekommen ist:

- **Zölle.** Russland, Indien und Ecuador beispielsweise haben ihre Zölle nach der Lehman-Pleite im Herbst 2008 merklich erhöht, um einheimische Produzenten zu schützen.

- **Nichttarifäre Handelshemmnisse.** Argentinien, Indonesien und Malaysia haben den Handel durch neue bürokratische Vorschriften erschwert. In Argentinien etwa mussten europäische Unternehmen nach dem Lehman-Desaster

Zunehmende Abschottung

Neue Strafzollverfahren eingeleitet durch ...



zuweilen lange auf eine Importlizenz warten.

- **Subventionen.** Viele Industrieländer – darunter auch Deutschland – haben in der Krise vor allem die Finanz- und Autoindustrie unterstützt und sie stark subventioniert. Als Instrument zu nennen ist hier beispielsweise die Abwrackprämie.

Aus diesen Hilfen steigen die Industrieländer zwar nach und nach wieder aus. Gleichwohl haben viele Stützungsmaßnahmen – etwa Hilfen für einzelne Banken oder Kreditvergünstigungen für Unternehmen – den Wettbewerb verzerrt. Darunter litten zuallererst die Entwicklungs- und Schwellenländer, die sich solch kostspielige Maßnahmen oft nicht

leisten konnten. Sie haben es jedoch mit anderer Münze heimgezahlt (Grafik):

Die Zahl der Strafzollverfahren ist gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Jahr 2009 merklich gestiegen.

Diese treffen insbesondere europäische Unternehmen. So sind 1,7 Prozent der Exporte aus der Europäischen Union von protektionistischen Maßnahmen betroffen, aber nur 0,4 Prozent der Weltexporte.

Unter einem Strafzollverfahren hat man sich Folgendes vorzustellen:

Wenn ein Land nachweisen kann, dass ein Importeur seine Güter zu Dumpingpreisen anbietet und so die heimische Wirtschaft merklich schädigt, erlaubt das internationale Handelsrecht Antidumping-Strafzölle. Allerdings gibt es hier große Ermessensspielräume, sodass mancher Importeur ohne triftigen Grund zu Strafzöllen verdonnert wird.

Alles in allem blieb der Welt aber eine protektionistische Eskalation wie in den 1930er Jahren erspart. Damals wurden die Zölle weltweit stark erhöht und ein Abwertungswettlauf der Währungen setzte ein. Beides zwang den Welthandel auf Jahre massiv in die Knie.

Gleichwohl spricht manches dafür, dass die Globalisierung in Zukunft langsamer fortschreitet als vor der Krise:

Grund 1: Die in der Krise errichteten Handelsbarrieren wirken noch nach, weil bislang weniger Hemmnisse beseitigt wurden als neue hinzukamen.

Grund 2: Staaten mit vormals hohen Leistungsbilanzdefiziten – wie Griechenland – müssen in den nächsten Jahren ihre Schulden abbauen. Die Nachfrage nach ausländischen Gütern wird darunter leiden.

Grund 3: Höhere Sicherheitsanforderungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung erhöhen die Kosten des internationalen Handels, etwa durch bürokratische Auflagen und Kontrollen. Dadurch kommt es zu Zeitverzögerungen.

Grund 4: Die Transportkosten steigen, weil die Energiepreise – auch wegen erhöhter Klimaschutzanforderungen – nach oben klettern.

Der Nutzen der Globalisierung

Ökonomen begründen die Vorteile der Globalisierung so: Der grenzüberschreitende Handel und Kapitalaustausch erlaubt es Ländern, sich auf die Produktion der Waren zu spezialisieren, die sie am günstigsten herstellen können – und bei denen sie komparative (also im Vergleich zu anderen Ländern) Vorteile haben. Tropenfrüchte etwa wachsen billiger in den Tropen als in beheizten Treibhäusern. Selbst die Transportkosten heben den Vorteil nicht auf.

Einfache arbeitsintensive Waren lassen sich in den Entwicklungsländern günstiger produzieren, weil dort sehr viele geringqualifizierte Arbeitskräfte vorhanden und diese damit vergleichsweise billig sind. Einfache T-Shirts, Schuhe, Spielzeug, Möbel und viele standardisierte Produkte wären in den Industrieländern nur zu deutlich höheren Kosten herzustellen.

Doch die Geschichte ist ein Geben und Nehmen: Die Industrieländer spezialisieren

sich auf Güter, bei deren Produktion viel Kapital, Wissen und Technologie nötig sind, also auf Produktionsfaktoren, die hier reichlich vorhanden und in den Entwicklungsländern knapp sind.

In den hochentwickelten Regionen entstehen damit innovative Produkte. Diese lassen sich zu hohen Preisen – und damit sind auch hohe Löhne gerechtfertigt – verkaufen. Die Herstellung wandert allerdings bei allmählicher Standardisierung mit der Zeit häufig in die Schwellenländer ab. Dadurch können sich am Ende auch weniger Betuchte diese Waren leisten.

In den Entwicklungsländern steigen jedoch ebenfalls peu à peu die Löhne. Das erhöht auch dort den Wohlstand. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Ländern, die sich für den Weltmarkt geöffnet haben, zwischen 1990 und 2006 um nahezu 50 Prozent gewachsen – bei den Nicht-Globalisierern dagegen nur um ein gutes Fünftel.

Unterhaltungselektronik Hauptsächlich aus Fernost

Am 3. September wird in Berlin bereits zum 50. Mal die Internationale Funkausstellung (IFA) eröffnet. Die Aussteller präsentieren in diesem Jahr so viele Produktneuheiten wie nie zuvor. Die Entwicklung der Funkausstellung zur weltweiten Leitmesse für Unterhaltungselektronik ist umso beachtlicher, da die deutschen Hersteller auf dem Markt nur noch eine Nebenrolle spielen.

Angefangen vom ersten Autoradio im Jahr 1932 über die Compact Disc 1979 bis zum Flachbildschirm mit 3,81 Metern Bildschirmdiagonale 2008 – auf der Funkausstellung bekam die breite Öffentlichkeit schon so manche Weltneuheit präsentiert. Die Messe hat nicht nur eine lange Tradition – die erste IFA fand 1924 statt –, mittlerweile ist sie auch als weltweit führende Adresse im Bereich der Unterhaltungselektronik etabliert.

Trotz Wirtschaftskrise tummelten sich im vergangenen Jahr 1.164 Aussteller aus 46 Ländern auf 121.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche.

Die 224.235 Besucher – etwa die Hälfte davon Fachpublikum – gaben 2009 Bestellungen im Wert von mehr als 3 Milliarden Euro auf. Für 2010 erwarten die Veranstalter sogar sowohl bei den Publikumszahlen als auch bei den Ordnern zweistellige Wachstumsraten. Einen Rekord gibt es auf jeden Fall bereits jetzt

zu melden: Mit etwa 350 Produktneuheiten werden auf der diesjährigen IFA so viele Innovationen wie noch nie vorgestellt. Die Trends kommen aus den Bereichen 3D-TV, Verschmelzung von TV und Internet sowie der mobilen Mediennutzung.

Es erscheint zunächst nicht weiter überraschend, dass man das weltgrößte Schaufenster der Unterhaltungselektronik hierzulande findet. Schließlich ist Deutschland mit seinen 23 großen Standorten und über 2,7 Millionen Quadratmetern Hallenfläche ein renommiertes Pflaster für internationale Messen (vgl. iwd 42/2008). So befindet sich die IFA in guter Gesellschaft mit der Internationalen Automobil Ausstellung (IAA) in Frankfurt sowie der Hannover Messe (HM) als weltweit größter Industriemesse.

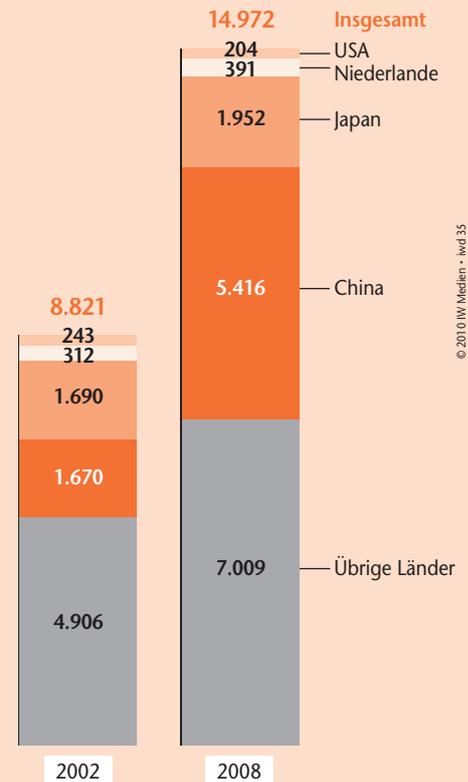
Während jedoch der Fahrzeugbau sowie der Maschinen- und Anlagenbau tragende Säulen der hiesigen Industrie und mithin des deutschen Geschäftsmodells sind, hat die deutsche Unterhaltungselektronik ordentlich zu kämpfen.

Noch zu Beginn der 1980er Jahre beschäftigten allein die westdeutschen Traditionsfirmen wie Grundig, Telefunken und Nordmende rund 120.000 Mitarbeiter. Nicht zuletzt infolge des Wettbewerbs- und Kostendrucks aus Fernost mussten diese deutschen Hersteller jedoch aufgeben – mit der Konsequenz, dass die Branche 2009 in bundesweit 52 Betrieben nur noch 13.644 Mitarbeiter beschäftigte.

Die Nachfrage nach Unterhaltungselektronik ist in Deutschland jedoch stetig gewachsen und zeigte sich zuletzt auch weitgehend unbeeindruckt von den Folgen der Wirtschaftskrise – während es in anderen europäischen Ländern teilweise stark abwärts ging. Der Branchen-

Unterhaltungselektronik: China dominiert

Deutsche Einfuhren in Millionen Euro



Quelle: Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

verband BITKOM erwartet hierzulande für 2010 ein Umsatzplus von 2,5 Prozent, der EU-Markt schrumpft hingegen um 8,3 Prozent.

Mit einem europäischen Marktanteil von knapp 23 Prozent baut Deutschland folglich seine Spitzenposition als europäischer Absatzmarkt für Unterhaltungselektronik nochmals aus – sehr zur Freude der Hersteller aus Fernost.

Hauptlieferant für die deutschen Kunden ist China (Grafik). Allein zwischen 2002 und 2008 stieg der Wert der aus dem Reich der Mitte importierten Unterhaltungselektronik um mehr als das Dreifache von knapp 1,7 Milliarden auf rund 5,4 Milliarden Euro.

Für Adressaufkleber